

# THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN  
AUSGABE 5 | OKTOBER 2011

**GESCHÄFTSMODELL THÜRINGEN**  
Eine Debatte um Niedriglöhne

**ZWEI JAHRE FDP IM LANDTAG**  
Fraktionsvorsitzender Barth zieht Bilanz

**DIE RETTENDE IDEE?**  
Forum zum Thema Gebietsreform

## Thüringen: Land des Mittelstandes

Neue Wege in der Wirtschaftspolitik



# Liebe Leserinnen und Leser,

eine Umfrage der Leipziger Volkszeitung sah die Thüringer FDP im August 2011 bei 4 Prozent. Dieses Ergebnis kam angesichts der aktuellen Umfragen im Bund und den Wahlergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin nicht überraschend. Das ist natürlich kein Trost. Es sollte eher Motivation sein, vor Ort weiterzuarbeiten und sich nicht beirren zu lassen. Dinge, die von außerhalb kri-

Vorgängerregierung auch nur annähernd an die 3-Millionen-Marke gekommen wäre, hätte sie sich auf jedem Marktplatz ein Denkmal errichtet.


Der Aufschwung ist der Verdienst der vielen Millionen Menschen, die in deutschen Unternehmen arbeiten, und natürlich der Unternehmer selbst. Der Aufschwung trägt aber auch die Handschrift der Bundesregierung aus CDU/CSU und


müssen diese Probleme jetzt lösen. Das erwarten die Bürger zu Recht von uns. Die Finanzhilfen für Griechenland und der Euro-Rettungsschirm kosten Geld, das für Steuersenkungen fehlt. Am richtigen Ziel, die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, hat sich perspektivisch nichts geändert, der Zeitplan ist aber aus objektiven Gründen nicht zu halten.

Es gab Bundesregierungen, die ihre Existenzberechtigungen auf dem Dosenpfad begründeten. Die aktuellen Probleme sind von bisher nicht gekannter Komplexität und Tragweite. Wir bekennen uns zu Europa mit einem klaren ordnungspolitischen Rahmen. Die Zukunft Europas liegt in einer Stabilitätsunion mit für alle gültigen Kriterien auch in der Haushaltspolitik. Wer nicht bereit ist, selbst den Weg der Haushaltskonsolidierung zu gehen, muss mit Sanktionen rechnen. Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst alle auf den Pfad der Stabilität zurückfinden. Nicht nur beim Thema Euro und Europa wird man den Wert einer liberalen Partei erkennen.

In Thüringen treten die Liberalen seit ihrer Wahl in den Landtag konsequent für eine Haushaltskonsolidierung und die Senkung der Staatsverschuldung ein. Wir wollen neue Wege in der Wirtschaftspolitik aufzeigen und setzen uns für die Interessen der kleinen und mittelständischen Unternehmen als Träger des Aufschwungs ein. Als einzige Partei sprechen wir uns gegen eine Gebietsreform von oben aus, die den Menschen vorgibt, in welchen Strukturen sie künftig leben sollen.

Es braucht die bürgerliche Alternative zur sozialdemokratisierten CDU. Es braucht eine Partei, die für die Freiheit eintritt. Keine ist dabei so authentisch wie wir! Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir immer stark waren, wenn wir einig waren. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass das auch in Zukunft gilt.

 Uwe Barth  
Landesvorsitzender

 Patrick Kurth  
Generalsekretär



tisch geäußert werden, müssen wir nicht selbst in der Öffentlichkeit wiederholen und damit verstärken. Wir sind gut beraten, nicht die Argumente der Mitbewerber aufzugreifen. Personeller Streit – auch das hat das schlechte Wahlergebnis im Nordosten gezeigt – schadet uns zusätzlich. In der momentan schwierigen Situation geht es darum, Selbstbewusst-

FDP. Rainer Brüderle hat verhindert, dass 5 Milliarden Euro zur vermeintlichen Rettung von Opel geflossen sind – Geld, das Sozialdemokraten wie Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig gern mit vollen Händen ausgegeben hätten. Vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Jahr 2010 bis zum aktuellen Beschluss der Soll-Ist-Besteuerung für kleine und mittelständische Unternehmen Anfang September 2011 – die Bundesregierung gestaltet Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung stabil bleibt. Das ist konkrete politische Unterstützung für die mittelständische Wirtschaft. Seine Erfolge selbstbewusst zu vertreten, heißt natürlich nicht, überheblich zu werden und die vorhandenen Probleme zu ignorieren.

Nicht alles ist in den vergangenen zwei Jahren rund gelaufen. Ereignisse wie die Katastrophe von Fukushima und ihre Folgen für die Energiewirtschaft konnte keiner vorhersehen. Die eingeleitete Energiewende wird Unternehmen und Steuerzahler zusätzlich belasten. Die Haltung der FDP war nicht immer so klar, wie viele sich das gewünscht hätten. Die aktuellen Finanzprobleme in Europa hat nicht die FDP zu verantworten, aber wir

**» Wir dürfen und sollten unsere vor Ort und in Berlin erzielten Erfolge selbstbewusst vertreten «**

sein zu entwickeln und die Politik zu vertreten, für die man vor Ort verantwortlich ist. Wir dürfen und sollten unsere vor Ort und in Berlin erzielten Erfolge selbstbewusst vertreten.

Die deutsche Wirtschaft ist momentan in bester Verfassung, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wenn die SPD in der



Peter Röhlinger MdB mit der Bürgermeisterin von Erlangen Elisabeth Preuß.

## Folgen der Teilung Deutschlands und Europas überwinden

Peter Röhlinger gedachte im fränkischen Erlangen der Maueropfer

Am 12. August erinnerte Dr. Peter Röhlinger, Mitglied des Deutschen Bundestages, in Erlangen gemeinsam mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und Erlangens Bürgermeisterin Elisabeth Preuß (FDP) an den 50. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin und an die Opfer der gewaltsamen Teilung Deutschlands.

Peter Röhlinger war nach Erlangen gereist, um mit sehr persönlichen Worten auf die Jahre des Kalten Krieges zurückzublicken. „Der Aufstand am 17. Juni 1953 wie auch der Mauerbau am 13. August 1961 gehören zu den Traumata der DDR-Bevölkerung“, so Röhlinger. Erst mit Michail Gorbatschow habe es wieder Hoffnung gegeben, dass der Terror überwunden werden könne. Deutschland habe jedenfalls seine Chance genutzt, um in der Völkerfamilie wieder eine positive Rolle zu spielen. Dieses Vermächtnis könne man der jungen Generation weitergeben.

Gemeinsam mit Preuß und Herrmann legte Peter Röhlinger einen Kranz nie-

der. Der von 1990 bis 2006 amtierende Oberbürgermeister von Jena, Erlangens Partnerstadt, berichtete über seine persönlichen Erlebnisse mit dem Mauerbau. Wegen seiner Protesthaltung zum Mauerbau war Röhlinger in der DDR vorübergehend exmatrikuliert worden und hat deshalb sein Studium der Tiermedizin erst später beenden können.

Stadt Erlangen dafür zu danken, dass sie die Partnerschaft vor der Wende mit der damaligen DDR-Industriestadt Jena eingegangen ist. Die echte Bürgerpartnerschaft hat sich aber erst nach der Wende 1989 vollzogen.

„Wir sind ein Volk – wiedervereintigt am 3. Oktober 1990“ lautet der Text, der nachträglich auf dem Erlanger Denkmal für

**» Deutschland hat seine Chance genutzt, um in der Völkerfamilie wieder eine positive Rolle zu spielen «**

Gleichwohl begreift er sich als Mitglied einer „privilegierten Generation“, der es aufgeben wurde, sowohl die Folgen des Zweiten Weltkrieges aufzuarbeiten als auch die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden. Die Bemühungen der SED-Führung, die Gesellschaft zu spalten, haben wenig gefruchtet und nur zu noch mehr Solidarität geführt. Röhlinger nutzte die Gedenkstunde auch, um der

die Opfer des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 angebracht wurde. Ursprünglich hatte das Denkmal die Funktion, den Zustand der Teilung zu beklagen. „Deutschland ist unteilbar“ lautete deshalb auch der Schriftzug. Er erinnert an die Zeit vor 1989, als das Ortskuratorium 'Unteilbares Deutschland' noch seine alljährlichen Gedenkfeiern abhielt, um den deutschen Einheitswillen zu bekräftigen. *ir*





Mit der Thüringer Wirtschaft im Dialog: Uwe Barth und Thomas L. Kemmerich im Gespräch mit Michael M. Lison, Projektmanager der automotive thüringen e.V.

## Thüringen – Land des Mittelstandes

### Neue Wege in der Thüringer Wirtschaftspolitik

Wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen und neue Wachstumsmärkte und Technologien zu erschließen, kommt den kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat eine zentrale Bedeutung zu. Gleichzeitig wird der Anpassungsdruck für den Mittelstand durch den nationalen und internationalen Wettbewerb stärker. Es gehört deshalb zu den vordringlichsten Aufgaben liberaler Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen so zu gestalten und zu verbessern, dass sie ihr Entwicklungs- und Innovationspotenzial voll entfalten können. Liberale Wirtschaftspolitik kann nur im Dialog und in Kooperation der Partner, also den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Kammern, Verbänden und natürlich den Bürgern erfolgreich gestaltet und verwirklicht werden.

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. 90 Prozent der Ar-

beitsplätze sind in kleinen und mittelständischen Unternehmen angesiedelt. Die Verbesserung der Investitionsbedingungen, Bürokratieabbau und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses sind für sie überlebenswichtig. Die aktuelle Wirtschaftspolitik im Freistaat ist aber einseitig auf die Förderung von Groß- und Prestigeprojekten ausgelegt. Gerade der Mittelstand benötigt verlässliche Kriterien in der Wirtschaftsförderung und ein dauerhaft gutes Investitionsklima. Auf keinen Fall darf eine Landesregierung innerhalb einer Förderperiode die Kriterien derart ändern, wie dies kürzlich Wirtschaftsminister Matthias Machnig getan hat.

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat werden auch die Themen Energiepreise und Versorgungssicherheit sein. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist gesellschaftlicher Konsens. Klar ist auch, dass infolge der Energiewen-

de die Energiepreise steigen werden. Die Unternehmen brauchen – wie natürlich auch die Bürger – eine verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Hier verfügt die Landesregierung bislang über kein Konzept. Die Wirtschaft erwartet zudem ein klares Bekenntnis zum Schuldenabbau. Der Staat muss sich am ehrlichen Kaufmann orientieren. Die Belastungen bei der erforderlichen Haushaltskonsolidierung müssen fair auf alle Schultern verteilt werden.

Die FDP-Landtagsfraktion will in den nächsten Monaten ein Strategiepapier erarbeiten, mit dem sie neue Wege in der Thüringer Wirtschaftspolitik aufzeigen will, mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung des Investitionsklimas, zur Energiepolitik, Bekämpfung des Fachkräftemangels sowie zur Stärkung der Kultur der Selbstständigkeit und des Unternehmergeistes. jp

## In eigener Sache

### Kommunalausgabe der Thüringen Liberal geplant

Die kommende Ausgabe der Thüringen Liberal wollen wir ganz im Zeichen der liberalen Kommunalpolitik gestalten. Dafür sind wir auf Ihre aktive Hilfe angewiesen. Nach wie vor ist der FDP-Landesverband Thüringen einer der kommunalpolitisch am stärksten aufgestellte Landesverband in ganz Deutschland. Es ist die kommunale Basis, die uns bis zu ei-

nem gewissen Grad unabhängig von der politischen Großwetterlage macht. 2009 konnten wir wieder in alle Kreistage einziehen, im kommenden Jahr stehen wiederum Oberbürgermeister-, Landrats-, und Beigeordnetenwahlen an.

Zeit für uns, Zwischenbilanz zu ziehen. Was ist vor Ort gelaufen, wie sieht es aus an der Basis? Aber auch Zeit für uns, den

Blick in die Zukunft zu richten. Wo sind schon Entscheidungen gefallen, wie die Liberalen vor Ort in die Kommunalwahlen gehen wollen? Was sind die Themen bei Ihnen im Kommunalparlament?

Vorschläge für Beiträge bitte per E-Mail an [pressestelle-thueringen@fdp.de](mailto:pressestelle-thueringen@fdp.de) senden. Das Team der ThL wird sich dann bei Ihnen melden. red

# Ausbeutung – das Geschäftsmodell Thüringens?

## Zur landespolitischen Debatte um Niedriglöhne in der Thüringer Wirtschaft

**Die Realität ist [...] in vielen Thüringer Betrieben eben so, dass Menschen ausgebeutet werden, dass Geschäftsmodelle sich auf Leiharbeit, auf Billiglohn gründen und so die Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Freistaat entsprechend voranschreitet. Das ist die Realität.**

(Jochen Staschewski, Staatssekretär im TMWAT | 59. Sitzung des Thüringer Landtags, 17.06.2011 | vorläufiges Protokoll, S.98)

Dass ein Vertreter einer Landesregierung davon spricht, Ausbeutung sei die Grundlage des Geschäftsmodells ortsansässiger Unternehmen, ist in Tonlage und Wortwahl bemerkenswert. Politik muss sich natürlich arbeitspolitischen Themen widmen. Sie prägen entscheidende Teile der Lebenswirklichkeit und interessieren dementsprechend sehr viele Menschen.

Arbeitsmarktpolitik ist ein sensibles Thema. Hier schaltet sich schnell das Gerechtigkeitsempfinden ein – sei es bei als zu niedrig empfundenen Löhnen oder bei Arbeitslosigkeit. So titelte die Thüringer Bildzeitung am 12. Juli 2011: „Der große Gehaltsvergleich – Osten verdient bis zu 33 Prozent weniger.“ Aber gerade weil arbeitsmarktpolitische Themen emotional aufgeladen sind, sollte Politik bemüht sein, sie sachlich zu diskutieren und es vermeiden, falsche Erwartungen zu wecken. Die von Staatssekretär Staschewski gewählte hitzige Formulierung ist im Hinblick darauf kontraproduktiv. Denn Politik kann weder Löhne erhöhen noch Arbeitslosigkeit nachhaltig senken. Wer heute anderes verspricht, wird morgen sein Wort brechen und damit höchstens zur Politikverdrossenheit beitragen.

Arbeit kann nur von Unternehmern und Unternehmen geschaffen werden. Gleiches gilt für Wohlstand, der erst einmal produziert werden muss, bevor er verteilt werden kann. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass Politik ange-

sichts niedriger Löhne oder Arbeitslosigkeit handlungsunfähig wäre. Ganz im Gegenteil kann und muss sie sehr wohl einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung von Wohlstand und Beschäftigung leisten. Die Wirkung kluger Ordnungspolitik auf Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand kann gar nicht überschätzt werden. Ohne vernünftige Regeln, die Richtlinien für wirtschaftliche Aktivitäten setzen, können Märkte nicht funktionieren. Gleiches gilt jedoch auf der anderen Seite auch für überregulierte Märkte und für solche, die durch ständige Staatseingriffe gelähmt werden. Der richtige Ort für staatliche Eingriffe ist

» Ohne vernünftige Regeln, die Richtlinien für wirtschaftliche Aktivitäten setzen, können Märkte nicht funktionieren «

der Ordnungsrahmen und nicht das laufende Wirtschaftsgeschehen selbst. Hier allein liegt der Primat der Politik!

Eine kluge Gestaltung der Rahmenordnung wirkt positiv auf Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand – aber immer nur mittel- bis langfristig. Ursache und Wirkung sind bei ordnungspolitischen Maßnahmen nur schwer zu durchschauen, weswegen sie sich medial kaum verkaufen lassen. Das mag ein Grund für die ordnungspolitische Blindheit sein, die manchen Akteur anscheinend befallen hat.

Aber zurück zur Situation der Thüringer Arbeitnehmer. Es ist richtig: Das Lohnniveau in Ostdeutschland liegt immer

noch bei rund 80 Prozent der westdeutschen Gehälter. Dies ist immer noch ein Erbe des Sozialismus, in anderen ehemaligen Ostblockländern werden sogar noch deutlich geringere Gehälter gezahlt. Insofern sind die Lohnunterschiede erklärbar und der Weg zu einer nachhaltigen Erhöhung des Lohnniveaus vorgezeichnet: Wirtschaftswachstum. Ein Unternehmen kann einem Arbeitnehmer nur so viel Gehalt bezahlen, wie es durch seine Aktivitäten erwirtschaftet – eigentlich keine besonders komplizierte Einsicht.

Politik kann hierzu – wie bereits umrissen – einen wichtigen Beitrag leisten: Infrastruktur, Bildung und Forschung sind hier nur einige Stichworte. Und es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass der politische Beitrag zur Unterstützung der ostdeutschen und damit auch der Thüringer Wirtschaft in den Jahrzehnten seit der Wende ein durchaus positiver war (für eine detaillierte Analyse sei dem geneigten Leser 'Die Bilanz' von Karl-Heinz Paqué ans Herz gelegt). In den nächsten Monaten werden Fachkräftemangel und Wirtschaftsaufschwung wohl zu deutlichen absoluten und auch relativen Lohnsteigerungen in Thüringen führen. Aber die Nachwirkungen von 40 Jahren Sozialismus, zu denen ein niedriges Lohnniveau zählt, werden sich selbst bei stetigem Wachstum erst in den nächsten Jahrzehnten vollkommen heilen lassen. Anderes zu suggerieren, wäre unredlich. Den Thüringer Unternehmerinnen und Unternehmern, die in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Freistaates beigetragen haben, pauschal 'Ausbeutung' zu unterstellen, ist marktfeindliche Polemik, die Ursache und Wirkung entweder verkennt oder bewusst in ihr Gegenteil verkehrt. Justus Lenz

GEKÜRZTE FASSUNG | DER AUSFÜHRLICHE ARTIKEL IST IN DER 'HWWI NEWS THÜRINGEN 02/2011' VERÖFFENTLICHT





Mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen: Fraktionsvorsitzender Uwe Barth bei der auswärtigen Fraktionssitzung Ende August in Bad Frankenhausen

## Bürger nah, transparent und offen

### Zwei Jahre FDP im Thüringer Landtag – der Fraktionsvorsitzende zieht Bilanz

Am 30. August 2009 ist die Thüringer FDP nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition wieder in den Thüringer Landtag eingezogen – kein Anlass für eine große Feier zum zweiten Jahrestag, aber Grund genug für den Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth, im ThL-Interview eine positive Zwischenbilanz zu ziehen.

**Thüringen Liberal:** 'Bürger nah, transparent und offen' – mit diesem Motto ist die FDP im Landtag angetreten. Ist die Botschaft beim Bürger im Land angekommen?

**Uwe Barth:** Bei den Bürgern kommt es an, wenn man sich auch außerhalb von Wahlkampfzeiten im Land blicken lässt. Die Thüringer FDP war die erste Landtagsfraktion, die deshalb das Veranstaltungsformat der auswärtigen Fraktionssitzungen eingeführt und bereits siebenmal praktiziert hat. Inzwischen haben sich auch Nachahmer in anderen Fraktionen

gefunden. Wir informieren uns jeweils einen Tag lang in Unternehmen und Einrichtungen in der Region und informieren die Besuchten über unsere parlamentarische Arbeit. Zum Abschluss gibt es die Gelegenheit, mit Kommunalpolitikern, Parteifreunden und interessierten Bürgern ins Gespräch zu kommen.

#### » Die Kommunalpolitik war in den vielen außerparlamentarischen Jahren unser wichtigstes Standbein in der Landespolitik «

**ThL:** Der Fraktionsvorsitzende war zudem auch im Sommer auf Tour.

**Barth:** Ich habe im Wahlkampf 2009 viele klein- und mittelständische Unternehmen besucht und war auch in den letzten beiden Parlamentsferien jeweils zwei Wochen im Land unterwegs. Wir gehen dahin, wo die meisten Arbeitsplätze in

Thüringen gesichert werden, eine Tatsache, die Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig mit seiner Politik konsequent ignoriert. Die kritische Begleitung des Ministers und seiner zahlreichen Aktivitäten war deshalb auch ein wichtiger Schwerpunkt unserer parlamentarischen Arbeit. Wir wollen Schlim-

meres verhindern und stimmen uns dazu regelmäßig mit den Kammern und Verbänden ab.

**ThL:** Rund 40 Bürgermeister und mehr als 250 Mandatsträger in den Kommunalparlamenten hat die FDP im Land Thüringen. Was tut die Fraktion für sie?

**Barth:** Die Kommunalpolitik war in den

vielen außerparlamentarischen Jahren unser wichtigstes Standbein in der Landespolitik. Da liegt es nah, dass die FDP-Fraktion jetzt auch für die Interessen der Städte und Gemeinden streitet. Ende August wurde vor dem Verfassungsgericht in Weimar die Klage der Fraktion gegen den Kommunalen Finanzausgleich 2010 verhandelt. In der aktuellen Haushaltsdiskussion kämpft die FDP an der Seite der Kommunen gegen die Kürzungspläne des Landes.

**ThL:** Die Haushalts- und Finanzpolitik war der Schwerpunkt der ersten zwei Jahre im Landtag. Ist die Aufgabe jetzt erledigt, wenn die Regierung einen neuverschuldungsfreien Haushalt vorlegt?

**Barth:** Wir waren die erste Fraktion, die für einen neuverschuldungsfreien Haushalt und die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung plädiert hat. Mit mehr als 500 Änderungsanträgen zum Haushalt 2010 hatte die Fraktion Einsparwege und -potenziale aufgezeigt. Mit dem neuen Finanzminister Wolfgang Voss (CDU) hat die Landesregierung einen neuen Kurs eingeschlagen, dennoch sehen wir uns hier noch lange nicht am Ziel. Die Regierung muss endlich mit dem strukturellen Sparen beginnen.

**ThL:** Gilt das für alle Bereiche?

**Barth:** Für fast alle, außer der Bildung. Sie ist die wichtigste Investition in die Zukunft des Freistaats. Um die Hochschulen und Universitäten zu unterstützen, haben wir alle Hochschulen, auch die kleinsten privaten Einrichtungen besucht. Auch für die Schulen in freier Trägerschaft und

den Erhalt der Förderschulen engagieren sich die Liberalen im Landtag. Die Einführung der Gemeinschaftsschulen – das ideologisch motivierte Lieblingsprojekt der SPD – lehnt die FDP unverändert ab. Die Bevorzugung der neuen Schulform gegenüber den bestehenden, gut funk-

gen Thüringens' hat die FDP-Fraktion das Augenmerk auf ein von der Regierung vernachlässigtes Feld gerichtet. Die Liberalen selbst haben sich mit der Einladung von europäischen Agrardiplomaten und öffentlichen Veranstaltungen mit den Botschaftern von Kanada und Polen enga-



Zum Auftakt seiner Sommertour besuchte Uwe Barth die Kündig Nahrungsmittel GmbH & Co. KG.

tionierenden Gymnasien, Grund- und Regelschulen widerspricht auch dem liberalen Wettbewerbsgedanken.

**ThL:** Wo hat die FDP weitere Schwerpunkte gesetzt?

**Barth:** Mit einer ersten großen Anfrage zum Thema 'Internationale Beziehun-

giert, um hier einen Beitrag zu leisten. Mit dem Besuch aller Bundeswehrstandorte im Freistaat und zahlreichen parlamentarischen Initiativen haben wir versucht, die Landesregierung zu einem verstärkten Engagement für den Erhalt der Bundeswehrstandorte zu bewegen. red



Die FDP-Landtagsfraktion lädt ein zur Podiumsdiskussion

## „Verkehrsknotenpunkt Erfurt – eine Chance für Thüringen“

26.10.2011, Rathaus Erfurt, Sitzungssaal Raum 225 Fischmarkt 1

THÜRINGENgerecht Kontakt + weitere Infos: [www.thl-fdp.de](http://www.thl-fdp.de)



Kontakt:  
FDP-Fraktion im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon (0361) 377 27 99  
E-Mail: [info@fdp-tt.thueringen.de](mailto:info@fdp-tt.thueringen.de)





Bild links: efw Geschäftsführer Thomas Martin und Patrick Kurth MdB auf einer E-Schwalbe. | Bild rechts: Fleischermeister Baldur Krause und Andreas Fischer zeigten Patrick Kurth ihre essbaren Kostbarkeiten im Greußener Handwerksbetrieb.

## Bundestagsabgeordneter auf Sommertour

Patrick Kurth: Firmen finden nur schwer Fachkräfte

In Greußen kam Kurth im Rahmen seiner Sommertour mit mehreren Unternehmern ins Gespräch. Fleischermeister Baldur Krause zum Beispiel brennt für das Handwerk. Als Botschaft mit nach Berlin gab er dem Abgeordneten, „mehr auf das traditionelle Handwerk zu achten, weniger hemmende Beschlüsse zu fassen und die Kosten im Blick zu behalten“.

Der Chef der Firma GSAB, Hartmut Vonnoe, machte im Gespräch mit Kurth aus seinem Unmut über die Thüringer Wirtschaftspolitik keinen Hehl. „Wenn es nach mir ginge, würde der Fördermittelsumpf trockengelegt, damit alle gleiche

Bedingungen haben“, sagte er mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftsförderung des Freistaates. Eine Proberunde auf einem Prototyp einer Elektro-Schwalbe konnte Kurth in Suhl drehen. Die Firma efw-Suhl wurde von der Initiative 'Land der Ideen' für ihre Idee ausgezeichnet, die bekannte Simson Schwalbe nunmehr mit Elektromotor als E-Schwalbe neu aufleben zu lassen. Einen Wermutstropfen hatte Kurth bei der Gratulation: „Dieses typische Knattern des Motors fehlt doch irgendwie.“

Wie ernst die heimischen Firmen die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe nehmen, davon konnte Kurth sich beim

Besuch der Apoldaer Vereinsbrauerei überzeugen. Zusammen mit Vertretern des Kreisvorstandes rund um Otto Ritzel und der Landesgeschäftsführerin Heike von Sternfeld ließ Kurth sich von Braumeister Gunther Herrmann die Kunst des Bierbrauens erklären. Dabei verwendet die Brauerei vor allem Zutaten aus der Region.

Ein Thema, das Kurth bei allen Firmenbesuchen zu hören bekam, war die schwierige Suche nach Fachkräften. „Viele Firmen finden nur noch schwer geeignete Fachkräfte. Das Thema wird uns in den kommenden Jahren noch stärker beschäftigen“, so Kurths Fazit. *ms*

## Klein- und Mittelverdiener entlasten

Steuerpolitik ist Wachstumspolitik

Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Mit diesen Worten ist der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung überschrieben. Es scheint, als müssten wir uns von Zeit zu Zeit in Erinnerung rufen: Wir sind gewählt, um zu regieren. Wir haben den Wählerauftrag angenommen und dieser gilt bis zum Ende der Legislatur. Wir schlagen uns nicht in die Büsche und überlassen linken Staatspropheten das Feld.

Bei den derzeitigen Diskussionen scheint der Koalitionsvertrag aktueller denn je. Bereits in der Präambel wird klargestellt: „Was wir vor der Bundestagswahl den Wählerinnen und Wählern versprochen haben, gilt auch danach: Steuererhöhungen zur Krisenbewältigung

kommen für uns nicht in Frage. Wir wollen, dass sich Leistung und Arbeit wieder lohnen.“ Das war und bleibt richtig.

Als Sprecher für den Aufbau Ost der FDP-Bundestagsfraktion halte ich es für wichtig, gerade Klein- und Mittelverdiener zu entlasten. Gerade in den jüngeren Ländern sind die Menschen wegen ihrer deutlich niedrigeren Löhne bei statistisch höherer Arbeitszeit von der kalten Progression betroffen. Die Lohnsteuer belastet hier unverhältnismäßig das Einkommen. Dies wirkt sich nicht nur auf den einzelnen Arbeitnehmer aus, sondern auch auf die Arbeitgeber und insbesondere auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Nachdem in der jüngeren Vergangenheit Renten und Sozialleistungen erhöht

und Gutverdiener geschont wurden, halte ich eine Entlastung geringer/mittlerer Einkommensgruppen deshalb für fair. Nicht zuletzt muss die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden, wobei es darum geht, den Aufschwung in Deutschland zu stützen und das Aufkeimen einer Rezession auch aus eigener Kraft zu begegnen. Auch hierzu leisten Steuerentlastungen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Auch dies haben wir bereits im Koalitionsvertrag festgehalten: „Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik, denn wir wissen, dass Basis aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen sind.“ Auch das war und bleibt richtig. *Patrick Kurth MdB*



## Steuergeschenke gibt es nicht!

Kommentar von Dipl. Oec. Zenon Bilaniuk, Vizepräsident des Bundesverbandes der Steuerzahler und Leiter des Bundesarbeitskreises Steuern

Geschenke sind oft mit freudigen Ereignissen wie Geburtstagen, Hochzeiten oder Weihnachtsfesten verbunden. Kinder erwarten sie mit Spannung und Erwachsene freuen sich über die Ideen. Geschenke sind also eine rundum schöne Angelegenheit. Doch das Positive kann auch schnell ins Negative umschlagen. Gerade sogenannte Steuergeschenke mag unsere öffentliche Meinung überhaupt nicht.

Egal, worum es im Kern geht, steuerpolitische Vorschläge werden regelmäßig von Teilen der Politik und insbesondere von vielen Journalisten zunächst oberflächlich als Steuergeschenke abgelehnt. Diese taktischen Spielchen sind sehr gefährlich, denn notwendige Korrekturen

setzgebers automatisch entstehen – ein Steuergeschenk? Wir meinen: Nein!

Fakten und Zahlen interessieren kaum – Hauptsache, die ablehnende Haltung wird veröffentlicht. In dieser Diskussion beschämt diese Taktik nicht nur den Sachverstand der Kritiker, sondern schadet auch dem Staatsbewusstsein in der Gesellschaft. Jedem muss klar sein, dass der Staat niemals schenken kann. Der Staat hat die Aufgabe, gerecht zu verteilen. Dazu muss er den Bürgern aber erst

» Wir brauchen konstruktive Debatten, wie staatliches Nehmen und Geben gerecht gestaltet wird «

oder steuerpolitische Neuausrichtungen können so zerredet werden. Zudem verliert die Gesellschaft zunehmend die Lust, sich wirklich mit steuerpolitischen Problemen sachlich auseinanderzusetzen.

Der aktuellen Steuerdebatte um notwendige Korrekturen am Einkommenssteuertarif droht ein ähnliches Schicksal. Endlich will eine Regierung die ungerechten Wirkungen der kalten Progression und des Mittelstandsbauchs bekämpfen, da wirft man ihr kurzerhand Klientelpolitik und unsoliden Wirtschaften vor. Ist die Vermeidung der kalten Progression beziehungsweise die Verhinderung von heimlichen Steuererhöhungen – die ansonsten durch das Nichtstun des Ge-



Dipl. Oec. Zenon Bilaniuk

das Geld nehmen, bevor es wiedergibt. Deshalb brauchen wir konstruktive Debatten, wie staatliches Nehmen und Geben gerecht gestaltet wird.

Der Einkommenssteuertarif ist derzeit zweifelsohne ungerecht. Wer an dieser Stelle Reformen verhindern will, soll sagen, dass er weiterhin einen ungerechten Einkommenssteuertarif und weitere heimliche Steuererhöhungen haben will. Alles andere ist feige!



# Arbeiten und feiern

## Liberaler Sommer in Thüringen



Bilder von links oben nach rechts unten:  
Sommerfest der Kreisverbände Jena, Gera und Saale-Holzlandkreis | Uwe Barth besuchte auf seiner Sommerreise auch die Hainich Konserven GmbH in Niederdorla und ließ sich von Geschäftsführerin Cornelia Beau die Konservenherstellung erläutern | Zur offenen Fraktion im Thüringer Landtag konnten die Besucher (hier Frank Bergmann) den aktuellen Schuldenstand im Freistaat auf der Schuldenuhr ablesen | Bildungspolitikerin Franka Hitzing informierte sich im Rahmen ihrer hochschulpolitischen Reise auch beim Studierendenrat in Jena | Zum Sommercamp trafen sich die Julis in Hohenfelden | 'Lady Sou and the singing Banjoman' sorgten für Stimmung bei der sommerlichen Multiplikatorenveranstaltung im Landtag | Das Fraktionsboot auf der Fahrt durch den Sömmerdaer Kanal

**HOCHSCHULPOLITISCHE REISE**  
Video: <http://bit.ly/pUUyxu>  
Bilder: <http://bit.ly/ptp18v> | <http://bit.ly/qpHW9g>

**TAG DER OFFENEN TÜR**  
Video: <http://bit.ly/qr3LCn>  
Bilder: <http://bit.ly/qpHW9g>

**SOMMERLICHE MULTIPLIKATORENVERANSTALTUNG**  
Video: <http://bit.ly/rdcbeB>  
Bilder: <http://bit.ly/pTRNcB>

**SOMMERREISE DES FRAKTIONS-VORSITZENDEN**  
<http://bit.ly/mX9NHB>

Aktiv waren die Liberalen im Freistaat den Sommer über. Die drei FDP-Kreisverbände Saale-Holzland, Jena und Gera beispielsweise luden Mitte August zum ersten gemeinsamen Sommerfest in der Weihertalmühle in Stadtroda/OT Quirla. Das Fest war angelegt als Dankveranstaltung an die Mitglieder der drei Kreisverbände für die treue Basisarbeit und als Startschuss für die politische Arbeit nach der Sommerpause. Auch andere Kreisverbände wie Nordhausen, Gotha oder Erfurt

veranstalteten sommerliche Treffen. Die Landtagsfraktion hatte am 1. Juli zur offenen Fraktion mit anschließender sommerlicher Multiplikatorenveranstaltung eingeladen.

Die Landtags- und Bundestagsabgeordneten nutzten die parlamentsfreie Zeit, um sich bei Firmen vor Ort umzuhören, wo der Schuh drückt. Die stellvertretende Landesvorsitzende Franka Hitzing bereiste alle staatlichen und privaten Hochschulen im Freistaat.

### 3. JuLi-Sommercamp am Stausee Hohenfelden

Bereits zum dritten Mal trafen sich die Julis Thüringen am ersten Augustwochenende zu ihrem Sommercamp. Am Stausee Hohenfelden kamen Jungliberale aus dem gesamten Freistaat zusammen, um sich bei Sonnenschein, Badespaß und Thüringer Bratwurst über politische Themen auszutauschen. Thematischer Schwerpunkt der Diskussion war dieses Mal die Europa-

politik. Unter der großen Frage 'Quo Vadis Europa?' analysierten die Julis Themen wie die Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik der EU, das Schengen-Abkommen sowie die europäische Sozialpolitik.

### 20. Sömmerda Rafting

Bei der Jubiläumsauflage des Sömmerda Raftings am 3. September 2011 war der Kanal an der Unstrut fest in blau-gelber Hand. Die Liberalen stellten – organisiert

vom Kreisvorsitzenden Heinz Untermann – mit 5 Booten wieder einmal die stärkste politische Kraft. Schnellstes Team im parteiinternen Wettkampf war die Landtagsfraktion. In der Besetzung Anna Lena Panse, Johannes Bräun, Thomas L. Kemmerich, Steffen Dreiling, Jens Panse und Steuermann Heinz Untermann absolvierte das Boot den mit Hindernissen gespickten Kanal trotz zweier Drehungen in 4:19 Minuten und belegte damit Platz 30 von 141 Booten in der Kategorie Mix. Nur

5 Sekunden dahinter folgte der Liberale Mittelstand auf Platz 33. Dessen zweite Mannschaft kam auf Rang 48.

Der Landesverband mit Patrick Kurth kam am Ende auf Rang 66. Der 'General' widmete sich den repräsentativen Kapitänspflichten und vergaß dabei das Paddeln. Kurths Begründung: „Ich muss doch mit dem Bürger reden“. Bei 253 teilnehmenden Mannschaften und reichlich Publikum waren die Wähler zahlreich vor Ort. *ms/jp*



# Bürger einbeziehen, Identität respektieren, Engagement fördern

## Forum zur Frage 'Gebietsreform – die rettende Idee?'

In Sachsen wird repariert. In Sachsen-Anhalt wird prozessiert. In Thüringen wird diskutiert über die Frage 'Gebietsreform – die rettende Idee?' Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag diskutierte darüber am 25. August 2011 in Erfurt mit circa 60 Bürgermeistern, weiteren Kommunalpolitikern und Experten aus den Nachbarländern. Der Innenpolitische Sprecher Dirk Bergner, selbst ehrenamtlicher Bürgermeister in Hohenleuben, formulierte zu Beginn drastisch, dass beim Thema Gebietsreform in Thüringen „jede Woche eine andere Sau durchs Dorf getrieben wird.“ Das führe vor Ort bei den Bürgern und Bürgermeistern zu sehr viel Unruhe.

Erfahrungen aus Sachsen vermittelte der Staatsminister für Justiz und Europa, Dr. Jürgen Martens, zuständig auch für die Staats- und Verwaltungsmodernisierung. Hier sei „jede Menge zu tun“, so Martens, was bei der letzten Gebietsreform 2008

rund eine halbe Milliarde Euro Kosten für die Anschubfinanzierung. Verwaltung in guter Qualität zu akzeptablen Kosten sei grundsätzlich möglich, so Martens. Er plädierte für Kooperationen zwischen Gemeinden und stellte das 'Bürgerterminal Sachsen' vor, ein bundesweites Modellvorhaben, das Bürgern ohne technische Kenntnisse ermöglicht, beispielsweise

zum Verwaltungssitz sei Bürgern nicht zumutbar, zumal ohne ÖPNV-Anbindung. Ortschaftsräte ohne eigene Haushalts-hoheit seien demotiviert fürs Ehrenamt, das bürgerschaftliche Engagement habe abgenommen.

Eine solche Entwicklung fürchten auch die Bürgermeister von Floh-Seligenthal, Peter Fräbel, und Mörsdorf, Hans-Jürgen

### » Reparieren, Organisieren und Reorganisieren der Verwaltung ist angesagt «

unkompliziert einen Personalausweis zu beantragen, ohne den Weg zum Verwaltungssitz auf sich nehmen zu müssen.

Über Probleme Sachsen-Anhalts sprach Staatssekretär a.D. Ulrich Köhler, der als Rechtsanwalt im Auftrag von Gemeinden gegen die Gebietsreform im Nachbarland prozessierte, letztlich

Lehmann. Floh-Seligenthal mit sechs Ortsteilen und gegenwärtig 6.500 Einwohnern wuchs seit 1990 zusammen, weil das die Bürger vor Ort so wollten, betonte Bürgermeister Fräbel. Miteinander reden, über den Zusammenschluss verhandeln und vorher alle wichtigen Fragen klären, sich die Verhältnisse an-



Zur Expertenrunde konnte Dirk Bergner (linkes Bild, links) den sächsischen Staatssekretär a.D., Ulrich Köhler (linkes Bild, Mitte), und den sächsischen Staatsminister für Justiz und Europa, Dr. Jürgen Martens (linkes Bild, rechts), sowie zahlreiche Kommunalpolitiker (rechtes Bild) begrüßen.



versäumt worden sei. Reparieren, Organisieren und Reorganisieren der Verwaltung sei angesagt, um bis zum Jahr 2020 Strukturen zu schaffen, die demografiefest sind, die ein Ausbildungs- und Schulsystem, einen funktionierenden ÖPNV und weitere grundlegende staatliche Aufgaben sichern. Einspareffekte seien bis heute schwer zu beziffern. Dagegen stünden

ohne Erfolg. Das lag an unangreifbaren, abstrakten Gesetzen. Deshalb verwies Köhler vor allem auf den politischen Diskussionsprozess im Vorfeld der Gesetzgebung, der offen, öffentlich und im Widerstreit der Positionen geführt werden müsse. Eine Gemeinde in Sachsen-Anhalt mit 48 Ortsteilen sei viel zu groß und unübersichtlich. Eine Strecke von 30 km bis

schauen und dann entscheiden, und das alles ohne Druck und Zwang von oben – so seien überlebensfähige, finanzierbare Strukturen entstanden, betonte Fräbel. Bürgermeister Lehmann berichtete von einer über 20 Jahre gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur mit Gewerbegebiet und mehreren Hundert Arbeitsplätzen, mit Kindergarten

und Ansprechpartnern für die Bürger vor Ort. Das „Gespenst Gebietsreform aufleben zu lassen, birgt sozialen Sprengstoff“, warnte Hans-Jürgen Lehmann.

In der offenen Diskussion bezog der FDP-Stadtratsfraktionsvorsitzende von Weimar, Bernhard Oedekoven, eine Gegenposition. Mit seinem Erfahrungshintergrund aus Nordrhein-Westfalen plädierte er für größere kommunale Strukturen in Thüringen, notwendige Einschnitte in den staatlichen Verwaltungen und Leistungen für die Bürger. Der Geschäftsführer des Thüringer Landkreistages, Thomas Budde, wiederholte die Position seiner Organisation: „Es besteht keine Notwendigkeit für eine Kreisgebietsreform.“ Nötig sei vor allem

eine Aufgabenkritik staatlicher Verwaltung. Identifikation der Bürger und Überschaubarkeit der Strukturen sei ein Wert an sich, betonte Budde. In diese Richtung argumentierten weitere Kommunalpolitiker in der Diskussion. Die Identifizierung der Bürger mit ihren Gemeinden sei zu respektieren, ehrenamtliches und freiwilliges Engagement vor Ort zu fördern, war immer wieder zu hören.

Die Diskussion über das Thema Gebietsreform geht weiter, die Antworten auf dem Forum der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag zeigen aber eine Tendenz. Eine Reform geht nur mit den Bürgern, ohne Druck von oben. Am 'Grünen Tisch' entworfene Strukturen und Gesetze sind ungeeignet. *jp*



Der Bürgermeister von Mörsdorf Hans-Jürgen Lehmann verwies auf gewachsene wirtschaftliche und soziale Strukturen.

### GEBURTSTAGE | JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN | PARTEIJUBILÄUM

**THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG | IM SEPTEMBER** Dietrich Hose (70 Jahre), Dr. Klaus D. Warz (60 Jahre), Helmut Hempel (60 Jahre), Dr. Rolf Eibe Hinrichs (50 Jahre), Rene Geißdorf (40 Jahre), Simone Nestler (40 Jahre), Marko Heim (40 Jahre), Freiherr Thilo von Schlotheim-Reinbrecht (30 Jahre), Florian Bauer (30 Jahre), Marcel Hardrath (30 Jahre) | **IM OKTOBER** Horst Plaul (90 Jahre), Klaus Hesse (70 Jahre), Heinrich Arens (70 Jahre), Anita Petzak (60 Jahre), Gerd May (50 Jahre), Andreas Käseberg (50 Jahre), Harald Wrona (50 Jahre), Andreas Voigt (50 Jahre), Paul Ilten (40 Jahre), Matthias Aberth (40 Jahre), Evelyn Zschächner (30 Jahre), Axel Poschmann (30 Jahre)

**GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN** Eberhard Heinze, Steffen Plaul, Karin Hollandt, Wolfgang Fleischer, Dr. Reinhard Bartsch, Michael Spörer, StR Siegfried Zschuckelt, Heidrun Morgan, Gerta Heuschkel, Hans-Jürgen Lehmann, Wolfgang Böttcher, Alfred Lorber, Jochen Wagner, Ingo Stöckel, Wilken Frech, Dr. Harald Mertes, Sabine Heunemann, Reinhard Probandt, Renate Hesse, Heike Bahn-Schultz, Jens Horibogen, Heidrun Schlenstein, Günther

Michel, Erika Feistauer, SR. Dr. med. Ludwig Eismann, Felix Rösel, Dr. Johannes Frackowiak, Günter Weidemann, Elisabeth Helff, Otto Ritzel, Eckhard Linke, Birgit Schuster, Agnes Posern, Andreas Klaschka, Sandra Scherf-Michel, Renate Müller, Hans Lehmann, Christine Winkler, Patrick Kurth, Herbert König, Bert Guttmacher, Dr. Heinz Dietrich, Matthias Bollwahn, Else Krapf, Thomas Brömel, Wilfried Blechschmidt, Karola Strien, Marco Rudolph, Siegfried Wagner, Manfred Schnauß, Hermann Marx, Kerstin Friese, Irmgard Meese, Heide Bornkessel, Christian Stonek, Andreas Mächt, Selina Blodig von Sternfeld, Rainer Rodekirchen Peter Liebe, Uwe Schwittlich, Dr. Jürgen Bohn, Gunnar Wagenknecht, Freiherr Goetz von Schlotheim-Reinbrecht. Alles Gute auch allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

**JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN** René Regel, Janusz Christian Riese, Sabine Richter, Guido von Pöllnitz, Stefan Peter Andres, Steve Kempe, Ronny Schumm, Jens Kellner, Marc Weisheit. Herzlich willkommen!

### THÜRINGEN LIBERAL GRATULIERT ZUM PARTEIJUBILÄUM



**BILD LINKS:** Landesvorsitzender Uwe Barth ehrte bei seinem Besuch in Bad Frankenhausen den Parteifreund Helmut Stöber. Der 74-Jährige ist seit 50 Jahren Mitglied der Partei und immer noch ein engagierter Liberaler im Kyffhäuserkreis. | **BILD MITTE:** Urkunde und Medaille zum 65. Parteijubiläum übergab der Landesvorsitzende im Rahmen seiner Sommerreise in Bad Langensalza an den Parteifreund Erich Weißenborn aus dem Unstrut-Hainich-Kreis. | **BILD RECHTS:** Landesvorstandsmitglied Marian Koppe gratulierte Dr. Dietrich Germann zu 65 Jahren Mitgliedschaft in der liberalen Partei. Der promovierter Germanist war seinerzeit in Jena Mitglied geworden und wohnt jetzt in Saalfeld.





Als einziger Landtagsfraktionschef war Uwe Barth vor Ort und gratulierte zusammen mit Patrick Kurth MdB dem Honorarkonsul mit einer speziell für diesen Anlass gefertigten Torte.

## Hoffmeister neuer Honorarkonsul

Liberalen gratulierten in Weimar zahlreich

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums des Weimarer Dreiecks fand sich am 29. August 2011 politische Prominenz aus den drei beteiligten Ländern Polen, Frankreich und Deutschland in der Klassikerstadt ein. Die Liberalen waren dabei zahlreich vertreten. Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher war ebenso zu Gast wie die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper.

Vor dem Festakt im Nationaltheater gab es noch einen weiteren feierlichen Anlass. Die Eröffnung des Honorarkonsulats im Gebäude der Weimarer Sparkasse und die Ernennung von Hans Hoffmeister zum Honorarkonsul. Der Botschafter der Republik Polen, S.E. Dr. Marek Prawda, übergab die Ernennungsurkunde an den TLZ-Chefredakteur und langjährigen engagierten Streiter für den Ausbau der Beziehungen zu Polen. Dass er die Urkunde in Weimar an Hans Hoffmeister überreichen durfte, bezeichnete er als Privileg und Sternstunde für ihn als Botschafter. MdB Peter Röh-

linger erinnerte an den Freiheitsgedanken, den Polen in der Nationalhymne trägt und der ihn als Liberalen besonders mit dem Nachbarland verbindet.

Der FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth erhofft sich von der Ernennung Hoffmeisters neue Impulse und frischen Wind für das Weimarer Dreieck. Als Honorarkonsul könne er Initiativen aufnehmen und

### » Neue Impulse und frischer Wind für das Weimarer Dreieck «

verstärken, beispielsweise wenn es um Städte- und Schulpartnerschaften gehe. Die Gothaer Liberalen, die eine intensive Partnerschaft nach Kielce pflegen, wollen den dort geborenen Botschafter zusammen mit dem neuen Honorarkonsul so bald wie möglich in die Residenzstadt einladen. *jp*

## Grundsatzdiskussion nimmt Fahrt auf

Generalsekretär plant offene Diskussionen

Die Grundsatzdiskussion der Thüringer Liberalen nimmt Fahrt auf. Zur organisatorischen Unterstützung hat jetzt Generalsekretär Patrick Kurth MdB programmatisch interessierte Liberale aus ganz Thüringen getroffen und gebeten, ihm als 'Unterstützungsteam' bei der weiteren Arbeit behilflich zu sein. Bei der Zusammenkunft in Jena wurden zunächst Ideen für die weitere Strukturierung der Diskussion gesammelt. Es wurde vereinbart, dass es sowohl parteiinterne als auch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen geben soll.

Bis zum nächsten Parteitag wird ein erster Entwurf erarbeitet. Ein Beschluss des Grundsatzprogrammes wird für den Landesparteitag 2013 angestrebt. Noch in diesem Jahr wollen sich die Mitglieder der 'Unterstützungsteams' zum Beispiel vom Statistischen Landesamt erklären lassen, wie überhaupt der typische Thüringer statistisch aussieht. In größerem Rahmen soll zudem über die Wurzeln des Liberalismus in Thüringen diskutiert werden. „Wir wollen zunächst alle möglichen Ideen und Vorschläge aufnehmen und freuen uns über alle, die uns damit unterstützen“, erläutert Kurth. *ms*

Haben auch Sie Ideen und Vorschläge zum Grundsatzprogramm? Die Landesgeschäftsstelle nimmt diese gerne entgegen – am besten elektronisch:

FDP Thüringen  
Schillerstraße 62 | 99096 Erfurt  
LGS-Thuringen@fdp.de

#### MITGLIEDER DES 'UNTERSTÜTZUNGSTEAMS'

- > Robert Martin Montag | Wartburgkreis
- > Paul Gellner | KV Jena
- > Detlef Zschiegner | KV Altenburger Land
- > Matthias Purdel | KV Weimar
- > Horst Gerber | KV Greiz
- > Thomas Nitzsche | KV Jena
- > Ein Vertreter der Julis



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

## Wie weit geht Europa?

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Spätestens seit dem Wirbel um die letztlich gescheiterte Verleihung des Freiheitspreises Quadriga an Vladimir Putin ist klar: Manchem scheinen seine Maßstäbe durcheinander zu geraten. Gerhard Schröder hielt Putin für einen „lupenreinen Demokraten“ und steht inzwischen bei einer Gazprom-Tochter unter Vertrag. Was das Quadriga-Kuratorium bewegt hat, den russischen Autokraten für vorbildliche Leistungen um die Demokratie ehren zu wollen, bleibt das Geheimnis des weisen Gremiums. Feststeht dagegen: Orientierung ist gefragt.

Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, dass die Wahl in Baden-Württemberg deutlich von grundsätzlichen Unterschieden zwischen Grün-Rot auf der einen Seite und Schwarz-Gelb auf der letztlich knapp unterlegenen Seite geprägt war. Wähler goutieren klare Ansagen und Profile. Umso besser ist es, dass sich die FDP nun mit Grundsatzwerkstätten und einem Sonderparteitag im November ihrer eigenen Wurzeln und Identität versichern möchte.

Nach zahlreichen Gesprächen mit Parteifreunden und politischen Beobachtern habe ich den Eindruck, dass viele Freunde der Freiheit im Moment verunsichert sind. Manche grundsätzliche Frage muss erst wieder einmal gerade gerückt werden, wenn die FDP ihren derzeitigen Stresstest bestehen will.

Als Europaabgeordneter interessiert mich vornehmlich, wie die Liberalen den Fortschritt der Europäischen Integration sehen. Die Europapartei FDP sollte streng darauf achten, dass sich europäische Politik nicht im Kleinklein der wohlmeinenden Bevormundung verliert. Schon heute erweist sich der Ruf der Deutschen als hinderlich, alle Vorgaben mit preußischer Präzision anzuwenden, während andere Mitgliedsstaaten die Umsetzung doch eher großzügig betrachten. Eine klare Aufteilung der Aufgaben zwischen Gemeinde, Land, Bund und Europa tut not. Schon damit deutlich wird, wer wofür die Verantwortung trägt. Die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik sollte vermeiden, die Mängel des deutschen Län-

derfinanzausgleiches zu kopieren. Die Leistung disziplinierter wirtschaftlich starker Regionen darf nicht durch weitere Transferverpflichtungen gefährdet werden. Das würde die EU im weltweiten Wettbewerb schwächen.

Inzwischen dürfte es in Europa niemanden mehr geben, der die EU nicht als erfolgreiches Friedensprojekt sieht. Für ihren Erfolg ist aber wichtig, wie der Zweikampf zwischen Subsidiarität und Zentralisierung in Europa ausgeht. Bleibt es bei einer Wirtschafts- und Währungsunion? Oder wollen wir die weitere Vertiefung und Demokratisierung der politischen Union? Wollen wir sie auch unter Verzicht auf die Vorteile, die der Wettbewerbsföderalismus eröffnet und die Vielfalt für die besten Problemlösungen bedeutet? All das sind Fragen, bei denen Liberale Orientierung beweisen können. Wir haben alle Chancen.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL: EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÄTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G146 60, RUE WIERTZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344 FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPAPARL.EUROPA.EU

#### HINWEIS

Bis zum Ende des Jahres wird die Landesgeschäftsstelle eine **AUSSAGEKRÄFTIGE STATISTIK ZUR MITGLIEDERBEFRAGUNG** erarbeiten. Daher bitten wir alle, den im Sommer verschickten Fragebogen bis 31. Oktober 2011 zurückzusenden. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen recht herzlich! Sie haben Ihren Fragebogen verlegt? Rufen Sie uns einfach an – Telefon 0361 3455919.





# Palliativmedizin: Chance & Herausforderung

## Podiumsdiskussion der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag

Die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung in Thüringen ist Geschenk und Herausforderung zugleich. Das Altern der Bevölkerung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit und Lebensqualität der Thüringerinnen und Thüringer. Das medizinische System muss sich daher – wie andere Bereiche auch – dem demografischen Wandel stellen. Das Ziel ist, möglichst frühzeitig nachhaltige und leistungsfähige Strukturen im Freistaat zu schaffen. Bereits heute ist absehbar, dass sich der medizinische Bereich einem massiven Änderungsdruck der Angebotsstruktur gegenüber sieht, bedingt durch die wachsende Anzahl älterer und multimorbider Patienten.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag

geschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung. Gleichwohl muss sich Thüringen auch hier der zu erwartenden Entwicklung stellen. Über 100 Gäste folgten der Einladung der FDP-Fraktion in das Augustinerkloster in Erfurt und nahmen aktiv teil an der Diskussion. Das Podium war mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marian Koppe, dem Chef der Techniker Krankenkasse in Thüringen, Guido Dressel, Dr. Knut

aus. Manch ein Arzt musste daher bereits einen Kredit aufnehmen, um die Leistung für die Patienten sicherzustellen.

Dabei trägt die ambulante Palliativversorgung oft die Hauptlast einer schmerztherapeutischen Behandlung. Seitdem 2007 beispielsweise das ambulante 'Palliativ-Care-Team' in Jena seine Arbeit aufnahm, werden 70 Prozent anstatt der bisher üblichen 30 Prozent der Schwerstkranken in heimischer Umgebung ge-

### » Das Ziel ist, möglichst frühzeitig nachhaltige und leistungsfähige Strukturen zu schaffen «

Kolitsch vom Palliativnetzwerk Südthüringen sowie Frau Dr. Müller von der Landesärztekammer und Herrn Werner Groll als Angehörigem eines Betroffenen, hochrangig besetzt.

In Thüringen gibt es momentan rund 100 speziell ausgebildete Mediziner und zwölf Palliativstationen an Krankenhäusern mit insgesamt 124 Betten. Dies bildet zwar den aktuellen Bedarf ab, der zukünftige Mehrbedarf ist damit jedoch bei weitem noch nicht gedeckt. Hinzu kommen die Probleme bei der Vergütung gerade in der ambulanten Versorgung. Erst 2009 und 2010 sind entsprechende Verträge zwischen den regionalen Netzwerken und den Krankenkassen geschlossen worden. Allerdings liegt die Vergütung der erbrachten Leistungen weit unter dem Bundesdurchschnitt und etwa bei der Hälfte der hessischen. Dies reicht in dem durch zumeist ländliche Räume geprägten Freistaat – mit langen An- und Abfahrtswegen bei entsprechend hohem Zeit- und Ressourcenaufwand – naturgemäß nicht

pflegt. Stellt man dem die Grundkosten von rund 400 Euro pro Tag bei stationärem Aufenthalt gegenüber, erreichen die Krankenkassen durch die niedrigen Vergütungssätze in der ambulanten Versorgung enorme Einsparungsquoten. Der Erfolg scheint dabei jedoch kurzfristiger Natur. „Wenn die Anreize, sich einem 'Palliativ-Care-Team' anzuschließen, weiterhin so niedrig bleiben, der Bedarf aber aufgrund der demografischen Entwicklung weiter steigt, bleibt als letzte Konsequenz nur die Sicherstellung der Versorgungsleistung über die weit teureren Klinikbetten – ein Pyrrhussieg für die Krankenkassen“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marian Koppe.

Die FDP im Landtag hat als erste Konsequenz einen Arbeitskreis angeregt, in dem zukünftig Politik, Betroffene und Vertreter von Anbietern und Krankenkassen kontinuierlich auf eine Verbesserung der palliativmedizinischen Versorgungsstruktur in Thüringen hinwirken. Parlamentarische Initiativen dazu werden folgen. *rm*



Zur Diskussionsrunde hatte Marian Koppe MdL (links im Bild) eingeladen.

am 27. Juni 2011 eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Situation und möglichen Zukunft der palliativmedizinischen Versorgung in Thüringen. Das Thema Palliativmedizin ist sensibel und wird deshalb von der Politik meist gemieden, geht es doch um die Behandlung von Menschen mit einer nicht heilbaren und weit fort-

## IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de  
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Ingo Reimann *ir* | Justus Lenz *jl*  
Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd* | Robert-Martin Montag *rm*

**BEITRÄGE** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

**ERSCHEINUNG** 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises  
**GESTALTUNG + PRODUKTION** RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

